

Der "Gartenzaun" wird sachte abgebaut

Autor(en): **Reinmann, Eduard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **45 (1998)**

Heft 11-12

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-369080>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Schweizer fühlen sich «ziemlich sicher» und befürworten verstärktes aussenpolitisches Engagement

Der «Gartenzaun» wird sachte abgebaut

rei. Die Akzeptanz der internationalen Institutionen UNO und NATO hat sich seit 1995 auf hohem Niveau eingependelt und zeigt gegenwärtig eher steigende Tendenz. Es besteht zudem eine hohe Zustimmung für ein aktiveres aussenpolitisches Engagement der Schweiz bei internationalen Konferenzen und für eine aktivere Konfliktvermittlungstätigkeit. Dies ergab unter anderem die Studie «Sicherheit 98», die von der Militärischen Führungsschule an der ETH Zürich veröffentlicht wurde.

Gemäss dem auf 19 Fragen basierenden Index der internationalen Kooperationsbereitschaft haben sich die Anteile derer, die eine autonome oder «weiche» Öffnung der Schweiz ohne institutionelle Bindung guthessen, leicht verstärkt (von 34 auf 37%). Demgegenüber ist der Anteil von Personen, die auf eine autonomistische Politik unter Verzicht auf jeglichen Ausbau internationaler Bindungen pochen, seit 1994, als diese politische Meinungsströmung mit 48% ihren Höhepunkt erreichte, in stetem Sinken begriffen. Der Autonomistenanteil liegt heute noch bei 34%. Das Einverständnis für eine die nationale Souveränität tangierende «harte» Öffnung in Form von Beitritten zu internationalen

Institutionen (insbesondere zur EU) ist indessen ebenfalls um einen Prozentpunkt auf 29% abgebröckelt. Ganzheitlich betrachtet, bekennt sich seit 1994 eine zwar leicht, aber stetig wachsende Zweidrittelmehrheit der schweizerischen Stimmbevölkerung zu mehr internationaler Kooperationsbereitschaft und zur Öffnung des Landes. Diese Mehrheit ist jedoch in bezug auf den einzuschlagenden Kurs nach wie vor gespalten.

Engagement «mit Biss»

Zu beachten ist indessen, dass die erwähnten Strömungen stark politisch, ideologisch und gefühlsmässig motiviert sind. Wenn es um das Praktische geht – und dieses zählt letztlich mehr – ziehen die Schweizerinnen und Schweizer vermehrt am gleichen Strick. So erfreuen sich UNO und NATO seit 1995 steigender Sympathie. Die Befürworteranteile für die UNO (59%) und für Schweizer UNO-Truppen (66%) sind seit zwei Jahren stabil hoch. 45% (+2%) befürworten eine Annäherung an die NATO. 28% (+5%) würden derzeit gar einen Beitritt zu dieser Allianz guthessen. Ein Mitmachen der Schweiz bei einer europäischen Armee billigen 37% (+2%). Mit 78% (+5%) sehr hoch ist die Zustimmung für ein aktiveres aussenpolitisches

Engagement der Schweiz bei internationalen Konferenzen. Um 3% rückläufig, auf 64%, ist demgegenüber die Zustimmung für eine engagiertere Konfliktvermittlungstätigkeit. Die Zustimmung zum Ausbau der Entwicklungshilfe, nach 1990 massiv eingebrochen (als Begleiterscheinung der Rezession?), zeigt wieder leicht nach oben und hat den Stand von 52% erreicht (+5%).

Mehr Handlungsspielraum vom Volk getragen

An der schon 1997 gemachten Feststellung, der sicherheitspolitische Handlungsspielraum für die internationale Kooperation im Rahmen friedenssichernder Aufgaben habe sich vergrössert, hat sich in diesem Jahr nichts verändert. Der Wille zur internationalen Kooperation in sicherheitspolitischen Belangen ist 1998, wie schon 1997, von der öffentlichen Meinung deutlich stärker getragen als der Wille zur politischen Integration in Europa. Unter diesem Aspekt haben drei Viertel aller Befragten (+8%) keine Mühe mit der Vorstellung, dass im Rahmen der sicherheitspolitischen internationalen Kooperation Schweizer Soldaten im Ausland als Freiwillige eingesetzt werden. Würde heute die Abstimmung von 1994 zur Errichtung

Kommentar

Bevölkerungsumfragen, auch «repräsentative Umfragen», sind Momentaufnahmen. Deswegen sind sie jedoch nicht weniger interessant, denn im Langzeitvergleich zeigen sie bestimmte Trends auf. Schwieriger ist deren aktualitätsbezogene Interpretation. Im konkreten Fall drängt sich die Frage auf, ob die Resultate noch dieselben wären, wenn die gleichen 1000 zufällig ausgewählten stimmberechtigten Personen in der ganzen Schweiz in den vergangenen Wochen befragt worden wären statt im Februar/März dieses Jahres.

Wie wäre wohl das Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, wenn die «kleinräumige» Sicherheit angesprochen worden wäre? Würden die befragten

Personen nach den jüngsten wirtschaftlichen Hiobsbotschaften die Zukunft der Schweiz noch mit demselben Optimismus einschätzen? Und würden sie die Weltlage nach eben noch einmal bewältigter Kosovo-Krise immer noch als weniger düster bezeichnen?

Immerhin gibt es Signale, die unmissverständlich zu sein scheinen. So zum Beispiel die seit zwei Jahren hohen Befürworteranteile für die UNO und für Schweizer UNO-Truppen. Es müssten vor allem Signale für die Politiker sein, die Gunst der Zeit zu nutzen und auf rasches Handeln zu drängen. Aber wer will sich schon angesichts der bald wieder ins Haus stehenden Wahlen noch profilieren?

Geradezu erstaunlich ist das Umfrage-Resultat hinsichtlich der Errichtung eines (zum Selbstschutz leicht bewaffneten) Blauhelm-Bataillons. 67% der Befragten würden heute der Vorlage zustimmen,

aber nur 38% glauben, eine Mehrheit des Stimmvolkes würde die Vorlage annehmen. Hier öffnet sich ein Abgrund zwischen eigenem (ehrlichem?) Wunschdenken und Vertrauen in das Denken und Handeln anderer. Vielleicht erhellt dieses Resultat aber auch, warum sich 1994 die Befürworter einer Blauhelm-Truppe irrten, als sie halberzig und zaghaft eine Schweizer Friedenstruppe propagierten, die nur dann in Erscheinung getreten wäre, wenn keine Gefahr bestanden hätte. Bei diesen Vorgaben legten viele Befürworter einer Friedenstruppe ihr Nein in die Urne. Die Schweizerinnen und Schweizer wollen nämlich eine ganze Sache und sind gewillt, volle Verantwortung zu tragen. Auch das sei den Politikern ins Stammbuch geschrieben.

Eduard Reinmann

eines Blauhelm-Bataillons wiederholt, so hiessen 67 % der Befragten die Vorlage gut.

Armeeaufgaben neu gewichtet

Sieben von zehn Befragten befürworten die Notwendigkeit der Armee. Auch die Altersgruppe der 18- bis 29-jährigen sagt mit einem Anteil von 57 % mehrheitlich ja zu ihr. Der Trend zu einer wachsenden Legitimierung der Armee über neue Aufgabenzuweisungen hält indessen an. Mit 94 % wird die territoriale Verteidigung zwar hoch gutgeheissen, wird jedoch stärker als in früheren Umfragen als nachrangige Aufgabe eingestuft. Hoch gewichtet im militärischen Pflichtenheft werden Hilfeleistungen bei Katastrophen, Aufgaben mit polizeilichem Charakter, Umweltschutzaufgaben sowie Auslandeinsätze als Friedenstruppe. ▀

Schweiz ziemlich sicher

Die Jahresstudien «Sicherheit» der Militärischen Führungsschule an der ETH in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktforschung an der ETH (Prof. Dr. Kurt R. Spillmann) dienen der Trendermittlung in der sicherheits- und wehrpolitischen Meinungsbildung der Schweiz. Sie stützen sich auf die im Jahres- oder Zweijahresrhythmus durchgeführten repräsentativen Befragungen. Die Erhebung 1998 erfolgte im Februar/März telefonisch bei 1000 zufällig ausgewählten stimmberechtigten Personen in der ganzen Schweiz. Hinsichtlich des Sicherheits- und Bedrohungsempfindens fühlen sich derzeit acht von zehn Schweizerinnen und Schweizern eher oder sehr sicher. Nach zwei Jahren einer eher gedämpften Stimmung überwiegt 1998 der Optimismus bei der Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz wieder deutlich. Analog zur positiveren Einschätzung der «Zukunft Schweiz» hat auch das Vertrauen in Behörden und Institutionen (mit Ausnahme der Medien) wieder zugenommen.

Auch die Weltlage wird 1998 wieder etwas weniger düster eingeschätzt als im Vorjahr. Fast die Hälfte der befragten Personen glaubt an eine weitere Entspannung oder an ein Gleichbleiben der heutigen Weltlage. ▀

Etudes relatives à la Sécurité 98

Oui en faveur de la coopération en matière de politique de sécurité

Trois quarts des Suissesses et des Suisses interrogés n'ont pas d'objection à formuler à l'égard de l'engagement volontaire de soldats suisses à l'étranger. Sept personnes interrogées sur dix approuvent la nécessité de l'armée. Ces deux résultats sont issus des études relatives à la Sécurité 98, publiées par l'Ecole militaire supérieure de l'EPF de Zurich.

Les études annuelles «Sécurité» sont établies en collaboration avec le centre de recherche sur la politique de sécurité et la polémologie de l'EPF de Zurich. Elles sont destinées à déterminer les courants dans l'opinion publique suisse en matière de politique de sécurité et de politique de défense. L'enquête a été effectuée cette année auprès de 1000 personnes représentant toutes les parties du pays, ayant le droit de vote et selon le procédé d'échantillon probabiliste.

Huit Suissesses et Suisses sur dix se sentent plutôt en sécurité ou très en sécurité. Après une atmosphère plutôt morose pendant deux ans, l'optimisme prévaut en 1998 en ce qui concerne l'appréciation portant sur le proche avenir de la Suisse (60 %, + 7 %). La situation politique internationale est en général jugée un peu moins sombre en 1998 que l'année antérieure.

Les garants de la sécurité intérieure (police/justice) et ceux de la sécurité extérieure (armée) atteignent comparativement à sept institutions examinées (Conseil fédéral, Parlement, tribunaux, police, armée, médias et économie) les valeurs les plus élevées. A l'exception des médias, toutes les institutions enregistrent un regain de confiance, notamment le Conseil fédéral et le Parlement.

Par rapport à 1997, la volonté de rapprochement avec l'UE stagne à un niveau élevé (67 %). Après avoir fléchi l'année passée, la volonté d'adhésion à l'UE a quelque peu augmenté (50 %, + 8 %). Elle paraît être fortement liée aux événements d'actualité quotidienne, tels que les succès ou les échecs des négociations.

Depuis 1995, l'ONU et l'OTAN jouissent d'une sympathie croissante: le nombre des personnes en faveur de l'ONU (59 %, + 2 %) et de troupes suisses onusiennes

(66 %, +/- 0 %) est élevé et stable depuis deux ans. 45 % sont partisans d'un rapprochement (+ 2 %), 28 % approuveraient même une adhésion à l'alliance.

Trois quarts des personnes consultées peuvent tout à fait imaginer l'engagement de soldats suisses volontaires à l'étranger (+ 8 %). Parmi ces personnes, un nombre sensiblement supérieur à celui de l'année précédente est favorable à l'engagement de soldats suisses à l'étranger, tant qu'il s'agit de missions de maintien de la paix et que l'armement ne sert qu'à l'autodéfense (35 %, + 8 %).

La neutralité en tant que principe de la politique étrangère suisse et de la politique de sécurité jouit, de manière inchangée, d'une cote de popularité élevée. Pour la première fois depuis 1991, toutefois, cette approbation a légèrement fléchi (79 %, -1 %).

Sept personnes interrogées sur dix, soit autant qu'en 1995, approuvent la nécessité d'avoir une armée. Même la majorité des personnes dont l'âge est situé entre 18 et 29 ans dit oui à l'armée (57 %, -1 %). Trois quarts approuvent l'affirmation selon laquelle la Suisse doit avoir une armée bien équipée et bien instruite. En revanche, une majorité de 56 % est d'avis que la Suisse dépense trop pour sa défense.

Si l'armée est une institution que la majorité ne conteste pas, les esprits divergent de plus en plus quant à la conception future de la défense. En 1998, 44 % estiment qu'une armée professionnelle serait une solution plus favorable pour l'avenir que le système de milice. ▀

Autocollants PCI

3×3 cm, rouleau de 500 pièces,

Fr. 20.- au lieu de Fr. 27.50.

Adresse de commande:
Schweizerischer Zivilschutzverband
Postfach 8272, 3001 Bern,
Téléphone 031 381 65 81,
Fax 031 382 21 02.

